Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3, L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 378. **Dienstag** den 28. Juli 1903. **97. Jahrgang.**

Zur Reform des Landtagswahlrechts.

Besprechung nationalliberaler Parteigenossen, Aenderung des Landtagswahlrechts betr.

Wir erhalten folgende Information:

„Bei der Besprechung, welche am 26. Juli d. J. unter Mitgliedern des Vorstandes des nationalliberalen Landesvereins und der nationalliberalen Fraktion des Landtages stattgefunden hat, wurde das Vorgehen der Regierung in der Frage der Aenderung des Landtagswahlrechtes einer eingehenden Besprechung unterzogen.

Es hat sich die nationalliberale Partei bereits in der vorjährigen Generalversammlung für eine Aenderung des Landtagswahlrechtes ausgesprochen und sie steht selbstverständlich auch jetzt noch auf diesem Standpunkte.

Diese Art und Weise des Vorgehens der Regierung aber wurde allseitig getadelt. Insbesondere wurden gegen die geplante Einberufung einer Versammlung, die aus Mitgliedern des Landtages und aus anderen Personen bestehen soll, zur Beratung der Vorschläge der Regierung schwere Bedenken erhoben. Der Ausdruck „Versammlung" weist darauf hin, daß es sich um eine nach parlamentarischen Regeln arbeitende Vereinigung von Personen handle, also um eine Vereinigung, welche debattieren und ihre Ansichten durch Beschlüsse — natürlich nur in beratendem Sinne — kundgeben solle. Auf diese Weise werde in einer rein politischen Frage ein aus Männern, welche frei von jeder Verantwortlichkeit sind, bestehender Faktor zwischen Regierung und Ständeversammlung eingeschoben, welcher der Verfassung fremd und mit der Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber den Ständen kaum vereinbar sei. Die Regierung gerate in eine peinliche Lage, wenn sie den Beschlüssen der von ihr eingesetzten Versammlung nicht folge; noch übler aber könne ihre Stellung sich gestalten, wenn sie diese Beschlüsse acceptiere und vor die Ständeversammlung bringe. Wie bedenklich dieses Vorgehen der Regierung sei, zeige der Umstand, daß in der Presse bereits jene Versammlung als Stütze der Regierung gegenüber dem Landtage bezeichnet worden sei! Kein Mensch könne der Regierung verwehren, daß sie bei ihren internen Erwägungen des Rates einzelner Männer sich bediene. Etwas ganz anderes sei es dagegen, wenn die Regierung ihre Vorschläge einer von ihr einberufenen Versammlung vorlege. Dieses Vorgehen könne sich zu einem in konstitutionellem Sinne höchst gefährlichen Präjudiz ausbilden. In eine sehr kritische Lage würden die Mitglieder des Landtages, wenn sie an der Versammlung teilnähmen, geraten können; denn eine gewisse moralische Bindung würden sie aus jener Versammlung mitbringen, würden also nicht mehr ganz frei dastehen da, wo es sich um die verantwortliche Beurteilung der Regierungsvorlage handle.

Unter diesen Umständen dürfte es sich nicht empfehlen, daß Mitglieder der nationalliberalen Partei, vor allem solche, welche Mitglieder des Landtages seien, der etwa an sie ergehenden Einladung zur Teilnahme an der geplanten Versammlung Folge leisteten. — Eine Gefahr, daß die Partei ihre Einwirkung auf die Gestaltung des Wahlrechts verliere, sei nicht vorhanden; sie werde sich bei ihrer nächsten Generalversammlung über die Einzelheiten der Wahlrechtsänderung auf Grund der vom Vorstande zu machenden Vorschläge schlüssig machen, sie werde, wenn die Regierung ihre Vorschläge kundgegeben haben werde, letztere der Kritik unterziehen und dann mit den verfassungsmäßigen Mitteln durch Einwernehmen mit der Landtagsfraktion, Vorstellungen bei der Regierung, Petitionen an den Landtag ihren Einfluß in die Wagschale werfen können.

Diese Erwägungen führten dazu, daß von der Besprechung einzelner bei der Beratung der geplanten Versammlung möglicherweise in Betracht kommender Punkte abgesehen wurde. Nur die Ueberzeugung wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß sich eine angemessene Aenderung des Wahlrechtes bei Beibehaltung der jetzigen Wahlkreiseinteilung nicht werde erreichen lassen und daß die Beseitigung der Unterscheidung zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen, welche nach den sächsischen Verhältnissen eine innere Berechtigung nicht mehr hat, mit allen Kräften zu erstreben sei, wie ja auch die Landtagsfraktion schon im letzten Landtage dafür eingetreten ist."

Daß wir mit dieser Auffassung der Situation nicht einverstanden sind, nicht sein können, brauchen wir nicht erst zu betonen. Wir müssen aber noch unserm Bedauern Ausdruck geben über die Begründung der ablehnenden Haltung gegen den Vorschlag der Regierung. Die Bedenken bezüglich der vorbereitenden Versammlung sind doch am letzten Ende nur formaler Natur, und über der Form sollte immer noch die Sache stehen. Der Reformarbeit ist mit diesen Beschlüssen ein schwerer Schlag versetzt worden, das ist um so gewisser, als der bedauerlich kühle, reservierte Ton des ganzen Communiqués bis zum Schlusse durchaus nicht geeignet ist, Stimmung für die Reform überhaupt zu machen. Die größte Freude an den Beschlüssen werden — die Konservativen haben.

Die Folgen, zwar nicht dieser Versammlungsbeschlüsse, wohl aber der Stimmung, aus der sie entsprungen sind, liegen bereits vor. Das sächsische konservative Organ, „Das Vaterland", schrieb noch in seiner Nummer vom 18. Juli, wie wir damals ausführlich mitteilten, die Konservativen seien „durchaus nicht grundsätzliche Gegner einer Aenderung des bestehenden Wahlsystems", sie hätten gewisse Mängel desselben nie bestritten. „Wenn von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert wird, daß der Industrie diejenige Vertretung gewährt und sichergestellt werde, die ihr nach ihrer Bedeutung für unser Land zukomme, so haben wir auch dagegen nichts einzuwenden." Nur ganz beiläufig wurde die Besorgnis ausgedrückt, „daß der in der Mitteilung des Amtsblattes eingeschlagene Weg kaum der richtige zu sein scheint". In acht Tagen aber kann man sich vieles überlegen und kann eine Sache ein anderes Gesicht bekommen. In seiner letzten Wochennummer bringt das Blatt einen Artikel „Die sächsische Regierung und ihre Politik", der jedes Entgegenkommen schroff ablehnt, überhaupt seiner ersten Stellungnahme schnurstracks widerspricht. Es heißt da:

„Auch in den Kreisen der maßgebenden Konservativen und Nationalliberalen hat die Erklärung der Regierung jetzt unmittelbar nach dem ungünstigen Ausfall der Reichstagswahlen vielfach bedenkliches Kopfschütteln erregt und wird, wie wir genau wissen, namentlich bei den Beratungen der künftigen Ständeversammlung scharfe Kritik erfahren."

„Es ist bereits früher darauf hingewiesen, und wir stimmen dem bei, daß die einzige Antwort die bei Prüfung der Sachlage und bei ruhiger Ueberlegung von seiten der sächsischen Regierung darauf (auf den Ausfall der Reichstagswahlen) zu geben war, sein mußte: Der Antrag im Bundesrate, in die Erwägung einzutreten, wie das gegenwärtig geltende Reichstagswahlrecht abzuändern oder mit welchen Maßregeln sonst der Kampf gegen die Sozialdemokratie von Reichs wegen zu führen sei. Für jeden, der mit den Verhältnissen bekannt ist, liegt es auf der Hand, daß das gegenwärtig geltende Reichstagswahlrecht in noch viel geringerem Grade eine wirkliche Vertretung der Interessen der sächsischen Bevölkerung und des sächsischen Landes zuläßt, als man es von sozialdemokratischer Seite von dem Landtagswahlrecht für die sächsische Zweite Kammer behauptet. Es scheint aber, als ob die sächsische Regierung bezüglich eines Vorgehens auf dem Gebiete des Reichstagswahlrecht nicht den erforderlichen Mut hat und daß man nunmehr der im Königreich Sachsen herrschenden Unzufriedenheit durch Palliativmittel beikommen will. Ein solches Vorgehen müssen wir als tiefbedauerlich bezeichnen. Wir sind weit entfernt, daß sächsische Landtagswahlrecht für vollkommen zu halten, obwohl es gegenüber dem preußischen die geheime Stimmenabgabe voraus und außerdem dessen plutokratische Auswüchse wesentlich eingedämmen verstanden hat. Aber wir müssen auch anderseits hervorheben, daß unserer Anschauung nach die aus dem gegenwärtigen Wahlrechte hervorgegangene Volksvertretung in vollem Sinne ihre Schuldigkeit erfüllt hat. Daß diese Volksvertretung der sächsischen Regierung nicht in allen Angelegenheiten und nicht immer genehm und bequem gewesen sein mag, glauben wir gern. Erst nachdem die sozialdemokratischen Abgeordneten aus der sächsischen Kammer entfernt worden waren, hat sich in dieser jene freie, offene und objektive Kritik entwickelt, die allein im stande ist, schließlich und letzten Endes eine Gesundung der sächsischen wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Früher haben die antisozialdemokratischen Parteien ihre Hauptaufgabe in der Kammer darin erblickt, gegen die Sozialdemokratie Schulter an Schulter mit der Regierung den Kampf aufzunehmen. Erst nach Beseitigung der sozialdemokratischen Abgeordneten ist man dazu gelangt, die Maßnahmen und Handlungen der Regierung des letzten Jahrzehnts einer gewissen und eingehenden Prüfung zu unterziehen, um das Resultat zu finden: daß die finanzwirtschaftliche Behandlung der Staatsangelegenheiten auf einem Punkte angelangt war, die zum Ruin des Landes führen mußte! Die Folge davon war, daß im Februar vergangenen Jahres durch ein einstimmiges Votum der Zweiten Kammer der Finanzminister zum Rücktritt gezwungen worden ist. Daß die damaligen Vorkommnisse heute noch bei den engen persönlichen Beziehungen, die zwischen einzelnen Ministern obwalteten, von einem gewissen Einflusse sind, braucht nicht hervorgehoben zu werden. Vielleicht freut sich auch außerhalb dieses engsten Kreises noch so mancher, daß man gewissermaßen mit der sächsischen Volkskammer, die seinerzeit den Mut dazu gehabt hat, die Mißwirtschaft auf dem sächsischen Finanzgebiete als das zu bezeichnen, was sie war, jetzt von seiten der Regierung etwas wie Abrechnung halten will — Beweis für die Kurzsichtigkeit, die in gewissen zwar kleinen, aber immerhin mächtigen Kreisen zu herrschen scheint!

Schon im Frühjahr dieses Jahres hat eine Denkschrift dem sächsischen König in Gardone vorgelegen. Wenn die Vorschläge dieser Denkschrift Gesetz werden sollten, was wir nach Lage der Verhältnisse für unmöglich halten, so würde namentlich die Industrie mit ihren Wünschen um Vermehrung ihres Einflusses in der sächsischen Zweiten Kammer schlecht abschneiden. An Stelle der Industriellen, die jetzt in der sächsischen Kammer sitzen oder bei Neuwahlen als geeignete Vertreter des sächsischen Wirtschafts- und Erwerbslebens erkoren werden könnten, würden dann in der Hauptsache sozialdemokratische Abgeordnete in den Landtag einziehen. Nicht minder aber dürften gerade auch die Kreise der Gewerbetreibenden, Handwerker und Kleinbauern in ihren Hoffnungen wesentlich getäuscht werden, da auch sie dem sozialdemokratischen Ansturm unterliegen müßten.

Für die Regierung würde es zweifellos bequemer sein, wiederum eine Anzahl Sozialdemokraten im Landtage zu haben, die in ihrer Bewilligungslust oft gewissen Fällen gegenüber keine Grenzen kennen; es sei hier nur nebenbei eingeschaltet, daß gerade die viel angefochtenen Ausgaben für Eisenbahn-Neu- und Umbauten bei der Sozialdemokratie fast niemals Widerspruch erfahren haben. — Für das Land aber und seine Zukunft ist eine Arbeit von weit höherem Wert, wie sie die Kammer nach Eliminierung der sozialdemokratischen Abgeordneten geleistet hat. Die ausgezeichnete Tätigkeit, die — vielleicht abgesehen von geringen Fehlern in einzelnen Kleinigkeiten — der neue sächsische Finanzminister im Laufe von 1¼ Jahren entwickelte, kann nur Früchte tragen, wenn eine Kammer, wie die vorige, ihm treu zur Seite steht. Die Gesundung der sächsischen Finanzen ist nur möglich, wenn dieselbe objektive und scharfe Kritik an den Regierungshandlungen auch künftig geübt wird, wie sie der vorige Landtag — ohne Sozialdemokraten! — gezeitigt hatte. Die sächsische Regierung hat jetzt unseres Erachtens keine dringendere Pflicht, als der Sozialdemokratie tatkräftig und zielbewußt entgegen zu treten. Im gegenwärtigen Falle hat die Kraft hierzu — oder vielleicht auch der Wille — leider völlig versagt!"

Zuerst können wir uns eine Feststellung nicht versagen: Das konservative Wochenblatt wandelt hier auf Lorenzschen Spuren, dessen „Antisozialdemokratische Korrespondenz" schon vor mehreren Tagen mit wenig anderen Worten genau dasselbe sagte; sogar die Verdächtigung von der Abrechnung der Regierung mit der sächsischen Volkskammer (lies: mit den Konservativen) fand sich schon dort vor, so daß geradezu Mut dazu gehört hat, in so warm nachempfundener Weise sich auszudrücken, resp. sich seine Haltung von dieser Berliner Korrespondenz in einer politischen Lebensfrage vorschreiben zu lassen und damit das über den Haufen zu werfen, was erst eine Woche vorher offenbar parteioffiziös aufgestellt war. Oder sollte vielleicht gar ein innerer Zusammenhang zwischen der Berliner mit geheimnisvoll wichtiger Miene eingeführten Korrespondenzauslassung und dem „Vaterlands"-Artikel bestehen? Das wissen wir nicht, aber aber eines, das überdies weit wichtiger ist, glauben wir Auskunft geben zu können — über den Grund der auffälligen Sinnesänderung. Nach sorgfältiger Orientierung im Lande, besonders in dem benachbarten politischen Lagern, haben die Konservativen frischen Mut gefaßt; sie glaubten, die Politik der Connivenz aufgeben und selbst zum Angriff übergehen zu können. Die Regierung werde, so spekulierten sie, bei denjenigen, zu deren Gunsten die Reform unternommen werden soll, nicht die wuchtige Unterstützung finden, die zum Beweis der Dringlichkeit der Reform und zu deren Durchführung bis zum guten Ende notwendig ist. Und diese Spekulation hat sich bis jetzt als richtig erwiesen.

Noch einmal: wir bedauern die Beschlüsse der Leipziger nationalliberalen Versammlung, werden aber ruhig weiterarbeiten an der Mobilisierung der vaterländischen Kräfte zum Zwecke einer gründlichen Aenderung des sächsischen Wahlrechts im nationalen und liberalen Sinne. S.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. Juli. (Vom Polentum in Schlesien.) Welche Bedeutung von polnischer Seite dem Wahlsiege des radikal-polnischen Kandidaten für den Kreis Kattowitz-Zabrze, Korfantz beigelegt wird, der gegen den Zentrumskandidaten Letocha mit einer Mehrheit von 675 Stimmen gewählt wurde, zeigt folgende Kundgebung, die vom Vorstand des polnischen Wahlvereins für Schlesien erlassen und außer in Gornoslazak (Kattowitz) noch in drei anderen Organen der in polnischer Sprache erscheinenden Presse

---

Feuilleton.

Aus der Welt des Unendlich-Kleinen.

Von Dr. Curt Rudolf Kreuschner.

Nachdruck verboten.

Auf die unmeßbar scharfe Schneide zwischen Vergangenheit und Zukunft gestellt und, so weit der materielle Teil seines Daseins in Betracht kommt, in Wirklichkeit nur im gerade gegenwärtigen Augenblicke lebend, trachtet der Mensch, sich selbst ein ungelöstes Rätsel, dank seinem Erinnerungsvermögen und der Fähigkeit, aus seinen Beobachtungen lange Ketten logischer Schlußfolgerungen zu ziehen, mit unentwegtem Eifer danach, die ebenso räselhafte Welt, in der er lebt, stets weiter zu ergründen. Nur zu oft stößt er hierbei auf jene anscheinend unübersteigbaren Grenzen, von denen Faust zu Wagner mit den Versen redet:

Geheimnisvoll am lichten Tag
Läßt sich Natur des Schleiers nicht berauben,
Und was sie deinem Geist nicht offenbaren mag,
Das zwingst du ihr nicht ab mit Hebeln und mit Schrauben.

Nur wenige Jahrtausende in die Vergangenheit zurück reichen seine geschichtlichen Kenntnisse, und noch viel schlimmer ist es für ihn mit dem bestellt, was die nächste Zukunft bringen wird. Während ihm hier ein unerbittliches und dräuendes „Ignorabimus" entgegenstarrt, über das nur Wahrsagerinnen und Kartenschlägerinnen mit ihren schwindelhaften Künsten erhaben zu sein behaupten, steht es erheblich besser mit seiner Erkenntnis der Dinge im Raume aus. Eine mit seinen Sinneswerkzeugen faßliche Welt baut sich hier, zu Riesendimensionen ansteigend und zum Mikrokosmos verkleinert, vor seinen Augen auf, und wenn es ihm auch auf immer versagt bleiben muß, als der Vergänglichkeit unterworfenes Wesen die Unendlichkeit zu begreifen, so gelingt es ihm doch, mit Hülfe seiner Instrumente und physikalischen Untersuchungsmethoden die Grenzen der Erkenntnis so weit hinaus zu schieben, daß das größte und kleinste, was er beobachtet, von praktischen Gesichtspunkten aus fast als „unendlich groß" und „unendlich klein" bezeichnet werden kann.

Während die in ersterer Richtung sich bewegenden Forschungsergebnisse der Astronomie stets eine ziemlich weitgehende Popularisierung erfahren, ist die „Welt des Unendlich-Kleinen" in weiteren Kreisen fast unbekannt, obwohl sich gerade bei ihr ungerufen Fragen, wie die nach der Beschaffenheit der Materie, aufdrängen, die auf dem umstrittenen Grenzgebiete zwischen nüchtern messender und wägender Naturwissenschaft und der heute anscheinend wieder in Mode kommenden philosophierenden Metaphysik liegen.

Es wird im nächsten Jahre gerade ein Säkulum abgelaufen sein, daß der berühmte Naturforscher und Chemiker Dalton zur besseren Erklärung der chemischen und physikalischen Vorgänge die nach ihm benannte Atomtheorie aufstellte, der zufolge alle diejenigen Stoffe, die wir als Elemente bezeichnen, aus kleinen, nicht weiter zerlegbaren Teilchen, den Atomen, beständen, die, wenn sie mit den Atomen anderer Elemente unter geeigneten Umständen zusammen kämen, sämtlich uns bekannten oder, richtiger ausgedrückt, sämtliche überhaupt möglichen zusammengesetzten Körper bildeten, die die Wissenschaft deswegen als Verbindungen bezeichnet. Ursprünglich nur als Hypothese gedacht, die das Eindringen in die Gesetze der Chemie und in die Maß- und Gewichtsverhältnisse der Verbindungen erleichtern sollte. Konnte man sie damals mit Recht als eine Krücke des naturwissenschaftlichen Denkens bezeichnen, so gleicht die Atomtheorie heute einem starken Stabe oder einem zuverlässigen Führer, den der Forscher auf seinen Entdeckungsreisen in unbekannte Länder auf keinen Fall entbehren möchte. Noch hat zwar kein Menschenauge ein einzelnes Atom oder Molekül gesehen, und es kann mit großer Wahrscheinlichkeit behauptet werden, daß dies nicht nur wegen der winzigen Dimensionen dieser kleinsten Stoffteilchen, sondern auch aus anderen Gründen hinsichtlich einfacher Moleküle nie der Fall sein wird; trotzdem zweifelt aber heute kein Chemiker und Physiker mehr an ihrer Existenz; er rechnet mit der Geschwindigkeit, mit der sie sich im Raume fortbewegen, und wenn er ihre absolute Größe auch noch nicht zu bestimmen wagt, weil sie von Aetherhüllen von variabler Dicke umgeben sind, so vermag er doch mit Hülfe der kinetischen Gastheorie ihr Gewicht zu bestimmen, das für das Wasserstoffatom, das leichteste unter dieser luftigen Gesellschaft, 0,000 000 000 000 000 000 000 002 Gramm, d. h. also zwei Quadrillionstel Gramm beträgt, so daß wir in einem Liter Wasserstoff, der nahezu das Gewicht von ein Zehntel Gramm (genauer 0,089 Gramm) hat, nicht weniger als 50 000 Trillionen Wasserstoffatome als vorhanden annehmen müssen.

Das Studium der Röntgen- und Kathodenstrahlen hat aber zur Annahme von noch viel winzigeren Körperchen, den sogenannten Elektronen geführt, von denen man mutmaßt, daß sie noch etwa 2000 mal kleiner sind, als ein Atom. Die Gründe, weshalb die Wissenschaft ihre Existenz annehmen muß, entziehen sich hier der Darlegung, weil sie nicht unbeträchtliche Fachkenntnisse voraussetzen. Die Wissenschaft ist aber auch mit ihnen noch nicht bei den kleinsten Teilchen der Materie angelangt; sie glaubt vielmehr aus den Beobachtungen, die man an dem vor wenigen Jahren entdeckten, geheimnisvoll leuchtenden Stoff, Radium, gemacht hat, auf das Vorhandensein von noch viel kleineren Körpern schließen zu müssen, die den Namen „Ionen" erhalten haben und sich nach einem von dem Physiker Dr. Kaufmann gebrauchten Vergleiche hinsichtlich ihrer Größe zu einem Bakterium verhalten wie dieses zur Erdkugel. Da diese unfaßbar kleinen Partikelchen nach allem, was wir bis heute von ihnen wissen, keine Unterschiede im Gewicht und in der Größe zeigen, wie man sie den Atomen beilegen muß, ist man mit ihnen vielleicht bei dem hypothetischen Urstoff angelangt, bei der „Hyle" der altgriechischen Philosophen, die eigentlich ein aprioristisches Postulat des Verstandes ist, weil letzterer sich gegen die Vorstellung sträubt, daß das Weltall von Urbeginn an aus den etlichen achtzig oder mehr Elementen aufgebaut sein soll, die wir nur deswegen als Grundstoffe bezeichnen, weil uns die Hülfsmittel zu einer weiteren Zerlegung fehlen.

Mag es sich nun damit auch verhalten, wie es will, so erhebt sich doch die unabweisliche Frage, wie weit unser mit den schärfsten Instrumenten bewaffnetes Auge in diese Welt des Unendlich-Kleinen vorzudringen vermag. Mit Projektionsapparaten, wie man sie zum Entwerfen von Lichtbildern benutzt, kann man allerdings eine erstaunliche Vergrößerung erzielen, die schließlich ein Bakterium, wenn man es genügend stark zu färben im stande wäre, auf dem das Bild auffangenden weißen Schirme in